

erzogen werden, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, daß der Sportbetrieb in der Gesellschaft kulturlos geworden ist. Deshalb meinten wir, daß es sich hierbei um ein Thema handelt, das dringend behandelt werden sollte. Wir wollten das, was die Bildungsschichten angeht, eigentlich erst auf dem Kulturkongreß im Jahre 1964 – also zeitlich nahe bei den nächsten Bundestagswahlen – behandeln.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, wir schließen jetzt die Diskussion und kommen darauf zurück. Herr Heck ist so freundlich und überlegt einmal das, was wir hier gehört haben.

Und nun sollten wir uns nach diesem langen Durchhalten alle gegenseitig bedanken dafür, daß wir hier eine gute Arbeit den ganzen Tag über geleistet haben. Damit darf ich die Sitzung schließen.

6

Dortmund, Samstag 2. Juni 1962

Sprecher: Adenauer, Benda, [Blumenfeld], Frau Brauksiepe, Dichtel, Dufhues, Gerstenmaier, Gurk, von Hassel, [Kraske], Krone, [Lücke], Meyers, Röder, [Scheufelen], [Schmidt], Schröder, Süsterhenn.

Ablauf des Bundesparteitages. Wahlen und Satzungsänderungen. Verschiedenes.

Beginn: 16.30 Uhr

Ende: 17.50 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir haben heute nur kurz Zeit. Deshalb würde ich Ihnen vorschlagen, daß Herr Kollege Dufhues zum Punkt 1 der Tagesordnung referiert.

ABLAUF DES BUNDESPARTEITAGES

Dufhues: Meine Damen und Herren! *(In diesem Moment entsteht ein heftiger Lärm draußen.)* Der Bundesparteitag beginnt mit einem Krach! *(Heiterkeit.)* Als Punkt 1 der Tagesordnung finden Sie „Ablauf des Bundesparteitages“. Ich kann es mir sicherlich ersparen, noch einmal einen zusammenfassenden Bericht über die

Tagesordnung und den Ablauf des Parteitages im einzelnen zu geben. Das ist Ihnen aus der Ihnen zugegangenen Einladung bekannt.

Aber ich darf einige Fragen zur Sprache bringen, die einer Entscheidung des Bundesvorstandes wegen einer Empfehlung an den Bundesausschuß und auch an den Parteitag bedürfen. Dazu gehört einmal die Zusammensetzung des Präsidiums. Ich halte es für zweckmäßig, das Präsidium wie üblich zu bestellen, und zwar aus dem Vorsitzenden des Landesverbandes, in dem der Parteitag stattfindet. Ich bitte um gütige Nachsicht, daß ich mich damit selbst vorschlagen muß. Im übrigen schlage ich folgende Freunde für das Präsidium vor: Dichtel, Dr. Even, Krüger und Lemmer.

Wir hatten weiter vorgesehen, unseren Freund Winkelheide in das Präsidium zu wählen. Da er jedoch durch Teilnahme an einer KAB-Tagung in Saarbrücken¹ verhindert ist, wird an seiner Stelle unser Parteifreund Arndgen² als Mitglied des Präsidiums vorgeschlagen. Von den Frauen war vorgeschlagen Frau Dr. Jochmus. Ich höre aber, daß auch sie verhindert ist. An ihrer Stelle schlage ich Frau Blohm³ aus Hamburg vor. Darf ich fragen, ob Sie mit dieser von mir vorgeschlagenen Zusammensetzung des Präsidiums einverstanden sind? – Da ich keinerlei Widerspruch höre, sondern im Gegenteil sogar vereinzelt Beifall, darf ich in Ihrem Namen, Herr Bundeskanzler, feststellen, daß dieser Vorschlag einstimmig akzeptiert worden ist und dem Bundesparteitag das Präsidium in dieser Form dem Bundesausschuß und dem Parteitag zur Wahl vorgeschlagen werden wird.

Wir haben uns ferner zu befassen mit der Zusammensetzung des Redaktionskomitees, dessen Tätigkeit von nicht geringer Bedeutung ist. Bei den Vorschlägen, die ich Ihnen zu machen habe, haben wir Wert darauf gelegt, vor allem eine Verzahnung zwischen dem Redaktionskomitee und den Parteifreunden zu erreichen, die insbesondere in den Arbeitskreisen verantwortlich mitgewirkt haben. Aufgrund dieser Überlegung schlagen wir Ihnen vor, in das Redaktionskomitee folgende Freunde zu wählen:

Etzel, Dr. Gerstenmaier, von Hassel, Dr. Heck, Katzer, Kiesinger – der voraussichtlich am Montag hier eintreffen wird –, Dr. Kraske, Dr. Krone, Dr. Pettenberg⁴, Dr. Otto Schmidt, Dr. Schröder, außerdem ich als Präsident dieses Parteitages.

Ich würde Ihnen weiter vorschlagen, Herrn von Hassel als Vorsitzenden dieses Redaktionskomitees zu wählen. Darf ich nun fragen, ob Sie mit dieser Zusammensetzung des Redaktionskomitees einverstanden sind? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Schließlich haben wir die Mandatsprüfungskommission zu wählen. Dazu schlage ich Ihnen unsere Parteifreunde Dr. Fay, Müllenbach, Landesgeschäftsführer

1 22. Verbandstag der KAB Westdeutschlands vom 31. Mai bis 3. Juni 1962 in Saarbrücken. Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 2. Juni 1962 „KAB meldet ihre Forderungen an“.

2 Josef Arndgen (1894–1966), 1949–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 240 Anm. 10.

3 Irma Blohm (1909–1997), 1957–1969 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 908 Anm. 18.

4 Dr. Heinz Pettenberg (1900–1974), Journalist; 1956–1966 Leiter der Presseabteilung der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 921 Anm. 8.

Braun⁵ und Landesgeschäftsführer Pusch⁶ vor. Ich darf feststellen, daß Sie auch hiermit einverstanden sind.

Es wird Sie interessieren, in welchem Umfang und in welcher Aufteilung sich unsere Delegierten zu den Arbeitskreisen gemeldet haben. Nach den bisher vorliegenden Meldungen werden etwa 45 % aller Beteiligten an den Beratungen im Arbeitskreis III teilnehmen, der die „Künftigen Aufgaben der CDU“ behandeln wird. Die übrigen Delegierten werden sich je zur Hälfte an den Arbeitskreisen I und II beteiligen. Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Arbeitskreise würde ich es dankbar begrüßen, wenn die Parteifreunde, die als Leiter und als Referenten zu den Arbeitskreisen vorgesehen sind – Herr Kollege Schmidt, das geht auch Sie an –, nach dieser Sitzung des Bundesvorstandes noch einmal zusammenkämen, um sich Gedanken über den Ablauf der Diskussion in den Arbeitskreisen zu machen. Herr Dr. Kraske gibt nacher den Raum an, wo diese Sitzung stattfinden wird. Ich darf nunmehr das Wort an den Herrn Bundeskanzler zurückgeben.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Herr Dufhues⁷ hat mir das Wort zurückgegeben. Ich frage Sie, ob Sie zum Ablauf des Bundesparteitages etwas zu sagen haben.

Meine Damen und Herren! Zunächst ein herzliches Willkommen. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir den dritten Parteitag in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen abhalten, und zwar nach den Freien Demokraten⁸ und den Sozialdemokraten. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit lenken auf den Verlauf des Parteitages der SPD in Köln.⁹ Nach den Berichten, die ich von verschiedenen Seiten darüber bekommen habe, war er sehr langweilig. Trotzdem war dieser Parteitag von Herrn Wehner derart gut vorbereitet, daß die ganze Sache wie am Schnürchen gelaufen ist. Worüber ich erschüttert bin, das ist doch, daß anscheinend die deutsche Presse alles das, was dort gesagt worden ist, als bare Münze hinnimmt. Ich habe einen Artikel gelesen – die Zeitung will ich nicht nennen –, der das etwas glossierte, was da gemacht worden ist; aber darin wurde gesagt: Jetzt muß sich die CDU anstrengen und zeigen, daß sie auch noch etwas zu sagen hat. Wenn Sie die Druckschriften von diesem Parteitag gelesen haben, dann werden Sie sicher festgestellt haben, daß die Sozialdemokratie uns präterpropter alles gestohlen hat, was überhaupt gesagt wird, und zwar angefangen vom Christentum bis zur Ethik, also kurz und gut, alles, was es überhaupt gibt.

5 Gerhard Braun (geb. 1923), Kaufmann; 1947–1955 Landessekretär der JU Rheinland, 1957–1960 stv. und 1961–1966 Landesgeschäftsführer der CDU Rheinland, 1972–1987 MdB, 1988–1990 Vorsitzender der Senioren-Union der CDU.

6 Hanns-Ulrich Pusch (geb. 1917), Journalist; 1949–1952 Kreisvorsitzender JU Düsseldorf-Mettmann, 1955–1957 stv. Landesvorsitzender JU Schleswig-Holstein, 1957–1962 Vorsitzender KV Lübeck, 1958–1962 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1955–1962 Landesgeschäftsführer der CDU Schleswig-Holstein, nach 1962 Mitarbeiter beim NDR.

7 In der Vorlage: von Hassel.

8 Vgl. Nr. 3 b Anm. 14.

9 Vgl. Nr. 3 b Anm. 12.

Ich habe es überhaupt nicht für möglich gehalten, daß eine Partei wie die deutsche Sozialdemokratie, die etwa hundert Jahre alt ist, so charakterlos ist und einfach, um an die Macht zu kommen, alles aufgibt, was sie bisher hoch- und heiliggehalten hat.

Die Frage ist nun, wie wird unser Parteitag demgegenüber in der Presse behandelt? Sie wissen, daß ich morgen vormittag und morgen nachmittag sprechen werde. Ich hatte mir im Laufe der letzten Woche einige Gedanken zurechtgelegt, aber ich muß Ihnen gestehen, das ist alles überholt, und ich muß wieder von vorn anfangen, denn wir müssen unter allen Umständen Stellung nehmen zu manchem, was die Sozialdemokratie gesagt hat. Natürlich darf unser Parteitag nicht so aussehen, als wenn wir lediglich in der Defensive wären gegenüber der Sozialdemokratischen Partei. Wir müssen uns auch hüten, etwa den Eindruck hervorzurufen, als wenn wir niedergedrückt oder in Sorge wären wegen dieses Parteitages der Sozialdemokraten. Wir müssen also den richtigen Mittelweg suchen. Wir müssen in den Vorträgen und in der Diskussion, wo es am Platze ist, ein Wort zu dem sagen, was die Sozialdemokratie jetzt macht, daß wir z. B. außerordentlich skeptisch sein müssen. Wenn Sie aber anderer Ansicht sind, dann äußern Sie sich bitte dazu.

Ich möchte Ihnen in allem Ernst sagen, es ist dem Herrn Wehner durch eine systematische Arbeit, die sich über zwei Jahre erstreckte, gelungen, bis zum letzten Parteifunktionär seine Leute dahin zu bringen, daß dieser Parteitag – auch entgegen der Erwartung aller Sozialdemokraten – ohne jeden Widerspruch abgeschlossen wurde.

Die nächste Wahl, die wir haben werden, findet in Nordrhein-Westfalen statt. Es wäre mir deswegen sehr angenehm, wenn wir vom Herrn Ministerpräsidenten Meyers aus Nordrhein-Westfalen hören könnten, welchen Eindruck er von diesem Parteitag der SPD hat und welche Folgen er für den Ausgang der Wahl in Nordrhein-Westfalen vermutet. Würden Sie die Freundlichkeit haben, Herr Meyers.

Meyers: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist nicht ganz einfach, nach diesem Parteitag etwas Genaues zu sagen. Allgemein kann ich sagen, daß die Arbeit von Herrn Wehner sich sehr auswirken wird. Zunächst haben wir festgestellt, daß die SPD schon vor ihrem Parteitag Personen, die im evangelischen und im katholischen kirchlichen Raum tätig sind und der SPD angehören oder für sie gewonnen worden sind, eingeladen hat. Ich habe gestern mit einem hervorragenden Repräsentanten der evangelischen Kirche gesprochen, der mir diese Wahrnehmung bestätigt hat. Ich weise darauf hin, daß es eine Anweisung der SPD gibt, sich möglichst in den katholischen Kirchenvorständen und überhaupt in den Vereinen im kirchlichen Leben und in den Gemeinden im katholischen Raum zu beteiligen. Es ist in den letzten Jahren der SPD weitgehend gelungen, sich etwas den Schein zu geben: Wir sind nicht so schlimm. Wir sind mit den Kirchen ausgesöhnt.

Sie kennen die Ausarbeitung der SPD über „Mater et Magistra“.¹⁰ Sie finden auch immer wieder in Gesprächen, worauf es ihnen ankommt. Ich habe die perfide

¹⁰ Vorstand der SPD (Hg.): Katholik und Godesberger Programm. Zur Situation nach Mater et Magistra. Bonn 1962.

Art festgestellt in Nordrhein-Westfalen, daß sich Herr Lauber¹¹ von der SPD und Herr Luchtenberg¹² von der FDP zusammentun und in kritische Gegenden gehen und dann harmlose und mit der Sache nicht vertraute CDU-Leute auffordern, das und das zu tun. Leider sind auch Leute darauf hereingefallen. So hat es z. B. nach einer dpa-Meldung in einer evangelischen pädagogischen Hochschule in Wuppertal für unseren CDU-Freund Bach Gelächter und Piffe gegeben, wo Lauber seinen Landtagswahlkreis hat und Luchtenberg die Krone davontrug.¹³ Es war aber so, daß ein der FDP angehöriger Journalist, ein Chefredakteur einer größeren Zeitung, nachher sagte: So schlimm sind die Kulturpolitiker der CDU nun auch wieder nicht. – Dasselbe ist in Remscheid gewesen. Dort soll es so gewesen sein, daß die SPD und die FDP ihre Chancen wahrgenommen haben, aber die CDU ihre Chancen verloren hat.

Allgemein kann man sagen, daß das Klima noch kein Wahlkampf ist. Aber es ist so, daß wir uns gewaltig anstrengen müssen. Wir geben uns auch keinem Zweifel darüber hin, daß bei uns die Gemeindewahlen und die Landtagswahlen vom allgemeinen Klima in der Bundesrepublik getragen werden. Die Kommunalwahlen im Land sind wirklich gut verlaufen im vorigen Jahr, weil wir auf einer aufsteigenden Welle im Bund waren.¹⁴ Es gab noch keinen 13. August. Wir haben einen Erfolg errungen wie seit zehn Jahren nicht mehr bei den Kommunalwahlen. Also, was uns heben oder senken wird, das ist das Allgemeinklima.

Der Herr Wehner hat seinen „Clausewitz“ genau studiert. Diese ganzen Streikandrohungen usw., das alles gehört zu einem bewußten und gewollten Zusammenspiel. Auch der Ärger mit den Kriegsoffern usw., das gehört alles dazu, auch daß wir, wo wir auftreten, Ärger mit der Polizei haben.¹⁵ Ein Mann von der Polizeigewerkschaft will als SPD-Abgeordneter in den Landtag. Deshalb organisiert er Kundgebungen, in denen gegen die CDU gehetzt wird. Deshalb kommt von der SPD der Antrag, man solle für die Großstädte die zweifelhafte Rechtsgrundlage für die Getränkesteuer so festlegen, daß die Städte selbst entscheiden können, ob sie eine Getränkesteuer entnehmen oder

11 In der Vorlage: Lauer. – Dr. Hans Lauber (geb. 1921), Arzt; 1970–1975 MdL NW (SPD).

12 Professor Dr. Paul Luchtenberg (1890–1973), 1946 Mitgründer der FDP NW, 1950–1953 und 1954–1956 MdB, 1950 und 1958–1966 MdL NW, 1956–1958 Kultusminister NW.

13 Nicht ermittelt.

14 Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 19. März 1961: CDU 45,0 % (1956: 38,2 %), SPD 40,7 % (44,2 %), FDP 10,2 %, Zentrum 1,4 %, BHE 1,1 % (UiD Nr. 12 vom 23. März 1961 S. 3 f.).

15 Im Öffentlichen Dienst, bei der Bahn, der Post und den Flughäfen kam es im Mai 1962 zu Streikdrohungen („Bonner Rundschau“ vom 17. Mai bis 2. Juni 1962). Die sozialpolitischen Maßnahmen sollten nach der Koalitionsvereinbarung nicht um die Neuregelung der Kriegsopferversorgung erweitert werden (FAZ vom 25. Mai 1962 „Die Wünsche der Kriegsopfer werden zurückgestellt“). Ferner kam es in Nordrhein-Westfalen zu Kontroversen zwischen Innenminister Dufhues und der Gewerkschaft der Polizei („Kölner Stadtanzeiger“ vom 15. März 1962 „Die Verfassung ist kein Abreißkalender“).

nicht.¹⁶ Es ist doch kein Zufall, daß am Montag die Gastbetriebe in Dortmund streiken, obwohl hier der Bundesparteitag der CDU stattfindet. (*Schröder*: In Düsseldorf auch!) Überall! Die SPD versucht also, uns mit allen Mitteln diese Gastbetriebe abgespenst zu machen.

Allgemein muß ich sagen, daß die Annäherung der SPD zur Volkspartei – sie mag nur äußerlich sein – immerhin unsere Position so geschwächt hat, daß wir alles daransetzen müssen, um im Lande Nordrhein-Westfalen die Wahl zu gewinnen.

Herr Bundeskanzler, wir haben seit Jahren darauf hingewirkt; wir sind durch unsere Parteireihen gegangen und haben sie verstärkt, alle, die an der Spitze stehen, mit mehr Macht. Wir haben aber leider den Eindruck, daß unsere Freunde im Bund die Bedeutung dieser Landtagswahlen noch nicht richtig eingesehen haben. Ob wir nun 99 oder 95 Abgeordnete bekommen, das ist relativ gleichgültig; wenn wir nicht 100 bekommen, also die absolute Mehrheit, dann wird das allgemein gedeutet als eine Schlappe der gesamten CDU.

Wir geben die Hoffnung nicht auf. Wir haben begründete Aussicht, wenn die Bundesrepublik ein gutes Klima schafft, die Mehrheit zu bekommen. Ich bitte insbesondere die Mitglieder des Bundesvorstandes, auf ihre Freunde im Bundestag und in den Ländern einzuwirken, sich an diesem Wahlkampf zu beteiligen; denn für Nordrhein-Westfalen ist diese Wahl nicht allein entscheidend, sondern für die gesamte CDU. Ich sehe gleichzeitig auch die Wahlkämpfe in Hessen, in Bayern, in Schleswig-Holstein und im nächsten Jahr in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz. Deshalb meine herzliche Bitte: Wir müssen uns schwer am Riemen reißen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen. Wir können es erringen, wenn wir alle Kräfte in den Wahlkampf hineinwerfen. Wir wollen den Wahlkampf so kurz wie möglich halten. Wir wissen, daß die Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen mit einem Wahlkampf von sechs oder sieben Wochen nicht in Hochstimmung gehalten werden kann. Morgen wird der erste Paukenwirbel sein. Dann kommt Pfingsten, und dazwischen ist die Fußballweltmeisterschaft. Das haben wir vor vier Jahren auch gehabt. Wir haben immer einen ungünstigen Termin wegen der Weltmeisterschaft. Das eine steht fest: Wir müssen uns enorm anstrengen.

In der Wahlillustrierten der SPD finden Sie in der ersten Hälfte kaum etwas von der SPD, außer einer Abhandlung über das Fernsehen. In der zweiten Hälfte versucht die SPD, alle Erfolge der Wirtschaftspolitik des Bundes für sich zu kassieren. Die Illustrierte bringt gerade die Stadt Dortmund als Beispiel für den Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen, und zwar so, wie ihn eine sozialistische Stadtverwaltung

¹⁶ Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung von Bestimmungen des Getränkesteuerrechts vom 30. März 1962 (LDrs. 731). Der Änderungsantrag der FDP vom 22. Mai 1962 (LDrs. 783) sah vor, alkoholische Getränke von der Getränkesteuer zu befreien. Durch das Ende der Wahlperiode wurde der Entwurf ohne Beschluß erledigt. – Der Landesverband Gaststätten- und Hotelgewerbe Nordrhein-Westfalen e.V. hatte aus Protest gegen die Getränkesteuer für den 4. Juni 1962 zur Schließung der Betriebe aufgerufen („Bonner Rundschau“ vom 29. Mai 1962 „Gegen Getränkesteuer. Betriebe bleiben aus Protest am 4. Juni geschlossen“).

macht.¹⁷ Dabei zeigen sie alte und verfallene Häuser mit Wohnungen, die von der CDU noch als menschenwürdig angesehen werden. Die SPD macht also alle Anstrengungen, um die schwankenden 25 % der Wähler – meist liberale Leute – auf ihre Seite zu bekommen.

Krone: Ich muß auf einen anderen Punkt hinweisen, der von Bedeutung für unseren Parteitag sein wird. Die „Ruhr-Nachrichten“ haben geschrieben: „Schon Abschied von Adenauer?“¹⁸ Es ist eine Zeitung, die zu uns gehört und diese Frage anläßlich des Dortmunder Parteitages aufwirft. Daß diese Frage seit Wochen gestellt wird, weiß der Herr Bundeskanzler genau wie wir. Es ist auch die Frage gestellt, ob der neue Kurs in der Außenpolitik von Herrn Kollegen Schröder oder der Kurs des alten Herrn richtig sei. Daß dies keine Frage in der Sache, sondern nur in der Nuance ist, das wissen wir. Aber die Öffentlichkeit nimmt das zum Anlaß, um gegen den Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Adenauer zu Felde zu ziehen. Hier wird mit Mitteln der Innenpolitik und der Außenpolitik ein infames Spiel getrieben. Dieser Artikel stellt uns vor die Frage, wie wir ihn zu beantworten haben.

Ich habe mit Herrn Gerstenmaier gesprochen, der mir gesagt hat: Sollte wirklich auf dem Parteitag jemand mit dem Dolch im Gewande umhergehen, würde ich aufstehen und für den Parteivorsitzenden Dr. Konrad Adenauer das Wort ergreifen. Ich meine, das kann auch nur unsere Antwort sein.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir müssen in den Parteiausschuß und dürfen die Damen und Herren dort nicht länger warten lassen. (*Zurufe:* Wir haben noch eine halbe Stunde Zeit.) Dann bitte ich um Wortmeldungen. Ich beurteile die Situation auch für Nordrhein-Westfalen schwierig. Wenn wir die Wahlen verlieren, dann ist das ein schwerer Schlag für die folgenden Landtagswahlen, wie es Herr Meyers richtig hervorgehoben hat.

Gerstenmaier: Ich stimme dem Herrn Ministerpräsidenten Meyers zu, obwohl ich sagen muß, es ist natürlich ein ungewöhnlich rigoroser Anspruch an uns selber, Herr Ministerpräsident, wenn wir in jede Wahl lediglich gehen sollen mit dem Ziel, nicht nur die stärkste Fraktion zu werden, sondern auch die absolute Mehrheit aller Wähler zu gewinnen. Das ist eine ungewöhnlich harte Sache, aber in dieser praktischen Forderung kommt die Situation der gesamten CDU nachgerade am treffendsten und am härtesten zum Ausdruck. Ich werde jedenfalls im Arbeitskreis III dieses Thema behandeln und mich dieser Sache stellen. Ich werde dort die Forderung aufnehmen. Sie wurde weder 1949 noch 1953 noch 1957 gestellt, sondern erst, nachdem wir 1957 die absolute Mehrheit bekommen haben. Da hat sich diese Situation – vor allem auch durch den Wegfall kleiner Parteien – ergeben, daß wir nun in die Wahlkämpfe von Nordrhein-Westfalen und dem Bund mit dem geplanten Ziel hineingehen: absolute Mehrheit! Was das für uns bedeutet, ist nach meiner Überzeugung der Hintergrund

17 Wahlillustrierte „Vorn“, hg. vom SPD-Landesausschuß NRW zur Landtagswahl 1962. – Vgl. DUD Nr. 105 vom 1. Juni 1962 „Zwei Broschüren – zwei Tonarten“.

18 „Ruhr-Nachrichten“ vom 2./3. Juni 1962.

und die ganze Problematik dieses Parteitages. Es darf uns fortan, so wie die Dinge heute stehen, nicht mehr genug sein zu sagen, wir müssen die stärkste Partei werden, sondern wir müssen hineingehen mit dem Ziel, die absolute Mehrheit zu bekommen. Das ist eine rigorose Härte gegenüber der eigenen Partei. Aber wir müssen sie akzeptieren. Akzeptieren wir sie nicht, dann entsteht folgende Situation, wie wir sie jetzt im Bund hin und wieder haben, daß wir nur Annäherungswerte unserer politischen Programmatik verwirklichen können. Über die Grenzwerte entscheidet entweder der Koalitionspartner oder die Opposition. Das ist doch eine Situation, über die wir uns völlig klar sein müssen. Deshalb hilft alles nichts. Wir müssen uns den Mitgliedern stellen und in den Kampf hineingehen. Wir müssen es tun, auch wenn wir es nachher nicht schaffen.

Herr Kollege Meyers, daß wir uns später sagen lassen müssen, dieses Ziel habt ihr nicht erreicht, das liegt drin. Aber daß wir uns selber in dieser rigorosen Härte stellen müssen, das scheint mir völlig klar zu sein, und zwar nicht nur deshalb, weil wir einmal, ohne daß wir uns angestrengt haben, gewonnen haben, sondern auch deshalb, weil sich in der Parteistruktur so viel geändert hat, daß der Kampf hart auf hart gehen wird.

Noch ein Wort zum Parteitag der SPD in Köln! Ich erinnere mich an den Parteitag in Karlsruhe, wo wir die Kontroversen hatten. Herr Bundeskanzler, ich habe damals gesagt, ich nehme dieses Godesberger Programm ziemlich ernst, das ist etwas mehr als eine Sprachregelung.¹⁹ Diese Leute versuchen, sich selber damit ein modelliertes Wollen zu suggerieren, das eben nicht nur ein propagandistischer New Look ist, sondern sie wollen offenbar aus ihrer alten Basis und Tradition heraus eine Volkspartei werden. Ich kann nur sagen, sie haben konsequent an diesem Rezept festgehalten, auch wenn Herr Wehner es persönlich sehr hart bezahlt hat. Ich kann nur sagen, wäre ich in der SPD, dann Respekt davor, und ich nähme mein Hütchen ab vor der Beharrlichkeit, mit der es Wehner gemacht hat.

Aber wir stehen vor der Situation, uns mit einer SPD auseinandersetzen zu müssen, die mehr und mehr in dieser Richtung einer sozialdemokratisch zugestimmten Volkspartei uns ins Gehege kommt. Ich denke an einen bestimmten Punkt, was die Leute z. B. als Replik auf „Mater et Magistra“ geantwortet haben. Das ist für denjenigen, der sich mit diesen Ideengängen befaßt, die zu einer solchen Entwicklung führen, interessant. Sie sehen, sie haben diese Position mit einer Bedenkenlosigkeit erobert. Als vor zwei Jahren diese Leute ihr Godesberger Programm herausgaben, hätte ich nicht gedacht, daß sie mit einer solchen unerhört konsequenten Bedenkenlosigkeit weitermachen würden. Wir müssen uns deshalb damit auseinandersetzen.

Ich bin Ihrer Meinung, Herr Bundeskanzler, daß man das tun soll. Ich weiß nur nicht, ob wir uns in einer großen Schnelligkeit auf eine Sprachregelung verständigen können. Deshalb halte ich meine als Grundsatzreferat angekündigte Rede. Wir sollten

¹⁹ Vom 26. bis 29. April 1960. – Gerstenmaier sprach zum Thema: Wohlstand – und was sonst? (Druck: CDU, 9. Bundesparteitag S. 190–206, insbes. S. 195).

in dieser Sache nach Möglichkeit zu einer gemeinsamen Sprachregelung kommen. Ich weiß aber nicht, ob wir im Bundesausschuß dafür Zeit haben. Wir brauchen das für den Arbeitskreis III. Ich frage mich, was können wir tun? Können wir uns schnell verständigen auf eine interessante, ansprechende und polemisch scharf-kämpferische gemeinsame Sprachregelung? Ich habe Bedenken, das so ein bißchen aus dem Handgelenk zu machen. Jedenfalls wäre es zu wünschen, daß wir uns hier auf eine gemeinsame Sprachregelung verständigen könnten. Aber im Augenblick sehe ich das nicht. Ich hatte mein Referat so ausgearbeitet, daß ich einzelne Formulierungen schriftlich niedergelegt habe. Ich rede also nach einem Stichwortmanuskript frei aus der Hand. Als ich mir aber diese Geschichte angesehen habe, da habe ich gesagt, ich lasse es nicht auf Improvisationen ankommen, sondern es muß gehauen und gestochen werden. Ich habe nicht vor, polemisch zu werden, mit Ausnahme von einem Punkt, nämlich mit den unerhörten Angriffen des Herrn von Knoeringen²⁰, die ich der SPD übelnehme. Herr von Knoeringen hat uns vorgeworfen, daß wir uns ohne Berücksichtigung der politischen Situation und des Ernstes der Lage hemmungslos und gewalttätig zum Kulturkampf bekennen würden. Das ist ein gefährliches Argument. Auf diese Sache wird es ebenso ankommen wie auf die unablässigen Verdächtigungen der FDP, die sie uns im Bundestagswahlkampf immer wieder vorgehalten haben, weil wir die absolute Mehrheit anstrebten. Wenn wir also für den Parteitag eine gemeinsame Linie finden könnten für eine Sprachregelung, dann wäre das zweifellos ein großer Gewinn für uns.

Adenauer: Darf ich einige Bemerkungen machen. Ich glaube nicht, Herr Kollege Gerstenmaier, daß wir noch die Zeit haben, eine gemeinsame Grundlinie zu erarbeiten. Die Zeit langt nicht mehr dazu. Ich möchte Ihnen aber folgendes vorschlagen: Wir sollten unseren Parteitag nach außen hin so gut und so korrekt wie nur möglich machen, d. h. daß in den großen Versammlungen auch alle da sind und daß in den Arbeitskreisen auch wirklich ernsthaft diskutiert wird. Wir sollten zeigen, daß wir unser eigenes Leben weiterführen. Ich habe gestern einen Herrn, auf dessen Urteil ich Wert lege, gefragt²¹ – das sind Sie nicht, Herr Krone, ich habe Sie nachher angerufen –, was er von der Sache hält. Er war mir zu vornehm, denn er sagte, man sollte es begrüßen, daß sich die Sozialdemokratie zu unserer Sache bekennen würde. (*Bewegung und Zurufe:* Nein!)

Meine Herren, ich wollte Ihnen das nur sagen. Dieser Mann – ein führender Mann – denkt offenbar für meinen Geschmack viel zu vornehm und infolgedessen daneben. Ich meine, wir sollten kein Blatt vor den Mund nehmen und sollten ganz

20 Waldemar von Knoeringen (1906–1971), Bibliothekar; 1946–1970 MdL Bayern (SPD), 1947–1963 Vorsitzender der SPD Bayern, 1958–1961 stv. Vorsitzender der Gesamtpartei. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 60 Anm. 21. – DERS.: Erbe und Auftrag. In: Vorstand der SPD (Hg.): Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 26. bis 30. Mai 1962 in Köln. Bonn 1962 S. 134–153, insbes. S. 151 f.

21 Am 1. Juni 1962 waren Herbert Blankenhorn, Axel Springer und General Klein bei Adenauer (TERMINKALENDER).

ruhig hier und da, wo es paßt, auch sagen: Das und das hast du uns gestohlen! Ich sehe gerade unseren Freund Lücke zu unserer aller Freude nach langer Krankheit wieder unter uns. (*Beifall.*)

In einer Rede gibt z. B. Herr Brandt eine Vision wieder, von der Herr Lücke sagt, das sei seine Vision, die er vorher gehabt hätte und auch vorher habe drucken lassen. So etwas sollte man ruhig sagen, wenn ein solches Plagiat so augenscheinlich ist.²²

Ich darf noch etwas zu den Landtagswahlen sagen. Herr Kollege Gerstenmaier, Sie haben völlig recht. Wir werden überstrapaziert durch elf Landtagswahlen. Wir sollten in Gedanken überlegen und vielleicht in einem Arbeitskreis ansprechen, ob wir nicht sämtliche Landtagswahlen im gesamten Bundesgebiet auf einen Termin legen können, und zwar etwa in der Halbzeit der Bundestagswahlen. Diese ewigen Landtagswahlen, wozu wir immer hin müssen, die stören uns außerordentlich in unserer Arbeit, und sie verwirren das ganze Bild. Wir müssen diesem Parteitag etwas Gewicht geben in der äußeren Form durch ein sehr geschlossenes Auftreten. Wir müssen immer zahlreich anwesend sein bei den Beratungen. Wir müssen uns betätigen bei den Aussprachen und gelegentlich den Sozialdemokraten das Nötige sagen. Vor allen Dingen aber müssen wir den Eindruck einer selbstbewußten Partei erwecken. (*Lebhafter Beifall.*)

Wir haben doch ein Recht darauf, selbstbewußt zu sein. Wir haben doch seit 1949 die ganze Arbeit geleistet. Ich darf Sie daran erinnern, wenn wir der Sozialdemokratie gefolgt wären, dann hätten wir unsere Freiheit schon lange, und wir hätten auch Europa verloren. Dann hätten die Russen das Ganze eingesteckt. Denken Sie bitte – ich werde es auch erwähnen – an den Deutschland-Plan der SPD von den Jahren 1959 und 1960, der zur Folge gehabt hätte, daß wir zwar zusammen mit der Zone, allerdings aber bei den Sowjetrussen gewesen wären. Man sollte sie also ruhig an das erinnern, was sie getan haben. Wir sollten darauf hinweisen, was wir in diesen Jahren geleistet haben.

Krone: Ich glaube, daß die beiden Parteitage der FDP und der SPD auf den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen abgestellt waren, um die Wahl zu gewinnen. Das sollten auch wir uns vornehmen. Wir sollten allen Versuchen von draußen – nicht von drinnen –, die zwischen uns in der Spitze Zwietracht säen wollen, radikal den Garaus machen. Wir sollten uns zweitens nicht in suggerierten Diskussionen über fundamental-psychologische CDU-Politik ergehen. Ich drücke mich ein bißchen vorsichtig aus. Ich will damit sagen, das ist nicht Sache des Parteitages. Daß wir am „C“ festhalten, ist klar. Daß wir liberale Wähler haben, wissen wir auch. Aber nun lang und breit mit Rede und Gegenrede darüber zu diskutieren, das halte ich für falsch. Denn das könnte uns große Schwierigkeiten machen. Man weiß von mir, daß ich zu der Schrift von Herrn Barzel positiv stehe. Kollege Gerstenmaier hat völlig recht, wenn er in seiner konkreten Sprache etwas zur Kulturpolitik sagen will, und zwar zu dem, was Herr von Knoeringen ausgeführt hat. Wir müssen uns in den Arbeitskreisen ganz konkret von der SPD und der FDP in den betreffenden Fragen distanzieren. Das scheint mir wichtig zu sein für diesen Parteitag.

22 Nicht ermittelt.

Gurk: Im Vordergrund des Parteitages muß unsere eigene Prägung und unser eigener Wille stehen. Das Volk will unseren Willen für die Zukunft sehen. Ich habe eine gewisse Sorge, daß wir die sogenannte Wandlung der SPD zu ernst nehmen, daß wir zu sehr an sie glauben. Nehmen Sie das Godesberger Programm. Ich glaube, daß sich, abgesehen von der Abschwörung des Marxismus, nichts geändert hat. Sie finden in dem ganzen Godesberger Programm nicht ein einziges Wort von Gott oder vom Christentum, weder von der Bekenntnisschule noch von der Simultanschule. (*Gerstenmaier:* Die Franzosen tragen auch keine roten Hosen mehr!)

Es steht aber drin, das Gemeineigentum ist eine Form der öffentlichen Kontrolle. Was dahintersteckt, das wissen Sie. Man kann es dem Volke sagen: Wenn die CDU fällt, dann wird das herauskommen, was von der SPD gemeint ist. Ich würde also darum bitten, nicht so sehr auf diese Dinge hereinzufallen. Sie sind, wie mir schlichte Leute aus dem Volke gesagt haben, nur auf den Wahlkampf zugeschnitten. Fallen wir, dann wird sich zeigen, was echt daran ist.

Süsterhenn: Ich möchte den Herrn Bundeskanzler bitten, bei seinen Ausführungen zu Beginn des Parteitages nicht zu versäumen, auch eine Distanzierung gegenüber der FDP vorzunehmen. Trotz aller Bejahung der Koalition dürfen wir nicht vergessen, daß uns die FDP am 17. September Stimmen abgenommen hat und daß sie jetzt wieder – wie Herr Meyers gesagt hat – darauf ausgeht, uns Stimmen wegzunehmen. Auf dem FDP-Parteitag hat man, insbesondere auf kulturellem Gebiet, in einer derart perfiden Art und Weise gegen uns gearbeitet, daß wir, wenn wir unseren eigenen Willen und unser eigenes Profil bewahren wollen, demgegenüber zu unseren eigenen Wählern nicht schweigen dürfen. Wenn der Herr Bundeskanzler diese Abgrenzung vornähme, dann würde das von unseren Delegierten und Wählern und von der uns nahestehenden Öffentlichkeit als sehr positiv empfunden.

Röder: Bei aller Notwendigkeit einer klaren Antwort an die SPD, vor allem nach dem Parteitag in Köln, möchte ich dringendst davor warnen, daß sich unser Parteitag nun zu einem sehr großen Teil nur mit der SPD auseinandersetzt; denn hieraus ergäben sich Gefahren. Das kann auch nicht unsere Absicht sein. Wir dürfen auch nicht in den Geruch bei der Bevölkerung kommen, als wenn wir die SPD noch überbieten wollten. Das halte ich für gefährlich. Wir müssen uns bemühen, die Wahrheit zu sagen. Wir müssen sagen, daß wir als CDU aus der Wahrheit Politik machen wollen, nicht aus der Taktik wie die SPD. Und einige Grundwahrheiten sind im deutschen Volk noch sehr lebendig. Das Volk vermißt, daß von uns deutlich gesagt wird z. B.: daß wir auch in der heutigen Zeit im Wirtschaftswunder arbeiten und sparen müssen und daß Wohlstand genau das Gegenteil ist von Wohlleben. Diese Dinge wollen die Leute hören, und das sollten wir aussprechen!

Brauksiepe: Herr Ministerpräsident Meyers hat in Mülheim eine große, für das Rheinland gedachte Frauenkundgebung aufgezoogen und dort gesprochen.²³ Es hat sich

²³ Kundgebung der Frauenvereinigung Rheinland am 22. Mai 1962 in Mülheim/Ruhr. Bericht in UiD Nr. 22 vom 30. Mai 1962 „Regierung aus einem Guß“.

gezeigt, daß die großen Themen der Landtagswahl ganz speziell in den Lebensbereich der Frau hineingehen. Nach dieser Kundgebung ist beobachtet worden, daß bei den Frauen durchaus die Bereitschaft vorhanden ist, die Reserve abzugeben für die fehlenden Stimmen. Ich beschwöre Sie, verzichten Sie nicht auf ein solches Reservoir. Ich bin der Meinung, man hat dem nicht genug Rechnung getragen. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir in Nordrhein-Westfalen Hunderttausende berufstätiger Frauen in den Betrieben haben, die von der SPD immer wieder geworben werden. Diese Frauen werden von uns nicht genug propagandistisch umworben.

Es wäre auch gut, wenn wir, Herr Dufhues, in das Präsidium eine in Nordrhein-Westfalen bekannte Kollegin hineinnähmen. Es war überall auf unseren Parteitag bisher so, daß man eine bekannte Frau des betreffenden Landes in das Präsidium gewählt hat. Wir erwarten Frau Dr. Rehling da oben. Ich verstehe überhaupt nicht, warum man sie nicht hineingenommen hat. Ich möchte weiter darum bitten, daß bei dem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen noch einige sorgfältig geplante Veranstaltungen mit mehr Frauen stattfinden.

Meyers: Ich schlage vor, Frau Dr. Rehling in das Präsidium zusätzlich zu wählen.

Dufhues: Ich darf daran erinnern, daß ich Frau Dr. Rehling darum gebeten hatte, die Leitung des Arbeitskreises III zu übernehmen. Sie ist aber verhindert gewesen. Von mir aus habe ich Angebote gemacht, die nicht auf Gegenliebe gestoßen sind. Ich schlage auch vor, Frau Dr. Rehling in das Präsidium zu wählen. Dann haben wir zwei Damen im Präsidium.

WAHLEN UND SATZUNGSÄNDERUNGEN

Von Hassel: Meine Damen und Herren! Die Satzungsänderung liegt Ihnen in den Druckschriften 1 und 2 vor. Nr. 1 ist behandelt worden in der letzten Vorstandssitzung. Dazu brauche ich hier nichts mehr zu sagen. Es ist aber noch durch den Bundesvorstand zu klären, wer diesen Vorschlag vor dem Parteiausschuß und dem Bundesparteitag begründen soll. (*Zurufe:* Von Hassel!) Punkt 1 betrifft lediglich das, was wir an Überlegungen hinsichtlich der Spitze der Partei formuliert haben. Es ist im Bundesvorstand so beschlossen worden. Punkt 2 bezieht sich auf einen ergänzenden Vorschlag hinsichtlich der Haftung. Ich würde bitten, daß Herr Rechtsanwalt Benda, der unter uns ist, eventuell im Parteiausschuß nachher kurz das Wort nimmt, um diese Angelegenheit zu begründen.

In der letzten Bundesvorstandssitzung ist auch über die Frage der CDU als eingetragener Verein gesprochen worden. Auch dazu hat Herr Benda Überlegungen angestellt. Vielleicht kann er das nachher im Bundesausschuß begründen. Herr Benda ist zu einem negativem Votum gekommen. Die Stellungnahme des Herrn Benda ist

allen Mitgliedern des Vorstandes zugeleitet worden.²⁴ Es wäre aber gut, wenn das formell angesprochen würde.

Der nächste Punkt bezieht sich einmal auf das Präsidium und zum anderen auf eine Ersatzwahl im Bundesparteigericht. Die Mitglieder des Bundesparteigerichtes werden für vier Jahre gewählt. Kollege Dr. Süsterhenn ist aus dem Parteigericht ausgeschieden, weil er dem Bundesvorstand angehört. An seine Stelle soll Henrichs²⁵ treten. Für Henrichs muß ein Vertreter gewählt werden. Ich wär dankbar, wenn Sie dafür einen Vorschlag machten. Zu den eigentlichen Wahlen ist vorgesehen, durch den Parteitag sieben Mann wählen zu lassen: den Parteivorsitzenden, den Geschäftsführenden Vorsitzenden, den Stellvertreter des Geschäftsführenden Vorsitzenden und vier Mitglieder des Präsidiums. An sich ist man über das Tableau dieser Leute einig gewesen. Es muß nur festgestellt werden, ob der Parteivorstand dem Bundesausschuß und dem Parteitag einen entsprechenden En-bloc-Vorschlag machen will, oder ob neue Vorschläge gemacht werden. Vorgesehen sind als Bundesvorsitzender: Dr. Konrad Adenauer, Geschäftsführender Vorsitzender: Josef Hermann Dufhues, vier Mitglieder des Präsidiums: Theo Blank, Ludwig Erhard, Eugen Gerstenmaier, Heinrich Krone. Als Stellvertreter des Geschäftsführenden Vorsitzenden ist mein Name genannt worden.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Bleiben wir zunächst beim Parteigericht. Sie haben die Gründe gehört, warum Herr Süsterhenn niedergelegt hat. Es ist vorgeschlagen Herr Henrichs. Es fehlt noch ein Ersatzvorschlag. (*Dichtel:* Ich schlage den Bundestagsabgeordneten Dr. Hauser²⁶ vor. – *Gurk:* Ich schlage Herrn Landgerichtsrat Dr. Melcher²⁷ vor.)

Von Hassel: Herr Henrichs ist aus dem Rheinland. Er ist häufig in Bonn.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Die Zeit verstreicht. Wir müssen im Laufe dieser Tage noch einmal zusammentreten. Bitte, überlegen Sie sich, wen wir als Vertreter benennen sollen. (*Gurk:* Professor Wahl²⁸ aus Heidelberg.)

24 Nicht zu ermitteln.

25 In der Vorlage: Dr. Henrich. – Wilhelm Henrichs (1897–1966), Rechtsanwalt; vor 1933 Zentrum, 1954–1966 MdL NW (CDU), Vorsitzender des Ehrengerichtes der CDU des Rheinlands, Mitglied des Landesvorstands.

26 Dr. Hugo Hauser (1911–1980), Oberamtsrichter; 1947 CDU, 1960–1976 MdB.

27 In der Vorlage: Metzner. – Dr. Walter Melcher (geb. 1908) Landgerichtsdirektor, Vorsitzender des Landesparteigerichtes Nord-Baden. – Den Vorsitz des Bundesparteigerichtes der CDU hatte Dr. Wilhelm Daniels inne (sein Nachfolger wurde 1964 Dr. Heinrich Barth). Ordentliche Mitglieder waren Dr. Heinrich Barth, Dr. Mathilde Gantenberg, Wilhelm Henrichs und Dr. Walter Strauß; stv. Mitglieder Annemarie Ackermann, Dr. Karl-Heinz Kaltenborn, Prof. Dr. Eduard Wahl, Dr. Karl Weber und Heinz Wolf.

28 Dr. Eduard Wahl (1903–1985), 1935–1941 Professor für Privatrecht in Göttingen, 1941–1978 in Heidelberg, 1949–1969 MdB (CDU), 1952–1964 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, 1966–1970 Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarats und Abgeordneter der Versammlung der Westeuropäischen Union.

Von Hassel: Das ist ein guter Vorschlag.

Adenauer: Das ist ein sehr fleißiger Mann. Sie haben den Vorschlag gehört, meine Damen und Herren. Ich stelle fest, daß Sie den Vorschlag akzeptieren.

Wird wegen der sieben Mitglieder im Präsidium das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich feststellen, daß Sie auch diesem Vorschlag zustimmen. Das Wort hat Herr Benda.

Benda: Das Gutachten liegt Ihnen vor. Ich will die Gründe kurz zusammenfassen: Es bestehen im Augenblick außerordentlich viel praktische und rechtliche Schwierigkeiten gegenüber den Überlegungen, die angestellt worden sind, der Partei die Gestalt eines rechtsfähigen Vereins zu geben. Ich würde das im Augenblick für undurchführbar halten. Ich verweise auf die Begründung des Gutachtens. Ich würde Sie dringend bitten, und zwar aus den gleichen Überlegungen, die Vorschläge anzunehmen. Zur Begründung gibt es zwei Gesichtspunkte: 1. Wir müssen unsere Mitglieder davon freihalten, daß sie unter Umständen in eine Haftungssituation kommen können, die an ihren privaten Geldbeutel geht. Die Vorschläge wollen das verhindern; 2. müssen wir dafür sorgen, daß die Damen und Herren des Vorstandes – was sinngemäß auch für das Präsidium gilt – von Haftungen freigestellt werden.

Um das zu verwirklichen, sind diese Vorschläge gemacht worden. Der Vorschlag zum § 26 muß sich beziehen auf den Bundesvorstand und das Präsidium, da das Präsidium die Partei außergerichtlich vertritt.

Von Hassel: Ich nehme an, daß Herr Benda einen neuen Vorschlag macht, und das wird dann als neue Druckschrift 2 a verteilt. Es ist aber so, daß auch dieser Teil zu den Paragraphen 26 und 31 durch den Parteitag angenommen werden muß. Das war der Beschluß des Vorstandes. Der Ausschuß wird entsprechend unterrichtet, und dann wird am Dienstag vom Parteitag so beschlossen. Wir müssen außerdem noch zwei Kassenprüfer für die nächsten zwei Jahre wählen. Es werden vorgeschlagen die Herren Scheufelen und Blumenfeld.

Adenauer: Die Herren nehmen an. (*Beifall.*)

VERSCHIEDENES

Dann kommt noch der Termin für die nächste Sitzung des Bundesausschusses.

Dufhues: Wir müssen durch den Bundesausschuß die Mitglieder des Vorstandes wählen lassen, die nicht durch den Parteitag gewählt werden. Regelmäßig hat der Bundesausschuß diese Maßnahme getroffen in einem Abstand von etwa vier Wochen nach dem Parteitag. Es wäre also notwendig, daß wir uns über einen Termin einigten.

Adenauer: Ich schlage ihn vor Ende Juni. Das Nähere wird von Herrn Dufhues mit Herrn Kraske besprochen. (*Zuruf:* Nach dem 8. Juli.)

Von Hassel: Wir haben uns überlegt, auf diesem Parteitag die Kulturpolitik nicht zu behandeln, weil wir demnächst einen eigenen Kulturkongreß abhalten wollen. Es

muß deshalb noch beschlossen werden, wann und wo dieser Kongreß stattfinden soll. Als Tagungsort haben sich Berlin und Nürnberg angeboten. Als Zeitpunkt ist der November dieses Jahres vorgesehen. (*Meyers*: Mit der CSU in Nürnberg?) Ja, mit der CSU.

Meyers: Das muß man nüchtern sehen. Gilt das für die Wahl in Bayern, dann muß man es in Bayern machen; gilt es nicht dafür, dann in Berlin. In diesem Jahr steht die Wahl in Bayern im Vordergrund, und zwar gerade nach dem Referat des Herrn von Knoeringen auf dem SPD-Parteitag.

Von Hassel: Die Wahl in Bayern ist am 23. November dieses Jahres. Die Wahl in Berlin ist am 17. Februar nächsten Jahres.

Adenauer: Also, meine Damen und Herren, es ist wohl richtig, wir nehmen Nürnberg.²⁹ Wir machen es mit der CSU zusammen, weil dort auch die Wahl stattfindet. Wir müssen versuchen, Berlin irgendwie im Laufe des Herbstes oder des nächsten Jahres zu entschädigen. Herr Dufhues hat dafür schon Gedanken. Sind Sie damit einverstanden? Ich stelle das fest.

Von Hassel: Wir müssen durch den Bundesvorstand eine Wahl bestätigen. Die Vorsitzenden der einzelnen Fachausschüsse müssen von uns bestätigt werden. Unser Gesundheitspolitischer Ausschuß hat den Bundestagsabgeordneten Dr. Jungmann³⁰ zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Diese Wahl muß hier formell bestätigt werden.

Adenauer: Ich höre keinen Widerspruch.

Dufhues: Die Redner, Berichterstatter und Leiter der Arbeitskreise werden gebeten, im Anschluß an diese Sitzung im Raum 1 zusammenzukommen.

Adenauer: Sie haben das gehört, meine Damen und Herren! Das Wort wird nicht mehr gewünscht. Dann schließe ich die Sitzung. Wir gehen nunmehr zur Sitzung des Bundesparteiausschusses.

29 2. Kulturpolitischer Kongreß vom 4. bis 6. November 1962 in Augsburg. Vgl. Nr. 2 Anm. 62.

30 Dr. Gerhard Jungmann (1910–1981), Arzt; 1956–1961 MdL Niedersachsen (CDU), 1961–1972 MdB, 1964–1978 Vorsitzender der Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung.